

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsschrift: Nachrichten Dresden.
Verlagspreis - Gesamtsumme: 25 2/3.
Nur für Nachgelieferte: 20 0/11.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1925 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.
Postbezugspreis für Monat Januar 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., auswärts 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., auswärts 200 Pfg. Obergrenze 10 Pfg. Annon. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Beginn der Aussprache im Reichstag. Der linke Flügel des Zentrums sagt dem neuen Kabinett den Kampf an. Im allgemeinen günstige Einstellung der Berliner Presse zur gestrigen Regierungserklärung.

Eine Rede Breitschelds.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Jan. Haus und Tribünen sind kurz besetzt. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Luther mit sämtlichen Mitgliedern des neuen Kabinetts. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung. Verbunden damit ist die erste Sitzung des Hauptausschusses für 1925.

Die Kommunisten haben folgendes Mißtrauensvotum beantragt: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags, dessen sie nach Artikel 84 der Reichsverfassung bedarf. Als erster Redner der Parteien erhält

Abg. Dr. Breitscheld (Soz.)

das Wort. Die gestrige Regierungserklärung, so führt er aus, habe sich von den verschiedenen programmatischen Darstellungen der letzten Jahre unterschieden. Reichskanzler Dr. Luther habe sich eifrig bemüht, alle Probleme, die das deutsche Volk interessieren, zu berühren. Es sei loyaler eine Reise um unsere ganze Politik herum gewesen. Es gebe nichts, woran die neue Regierung nicht denke. (Beifall.) Weniger wäre vielleicht mehr gewesen. Charakteristisch sei, daß das Kabinett nach den verschiedensten Seiten hin eine mehr oder weniger tiefe Neuerung zu machen für nötig halte. Es empfehle sich dem Wohlwollen der verschiedensten Parteien des Hauses.

Der Reichskanzler habe versucht, sich auf dem gespannten Drahtseil der mittleren Linie im Gleichgewicht zu halten. Es zeige sich das Bild einer Regierung, die elastisch nachgibt, wenn man einen Druck ausübt. (Beifall links.) Die Erklärung von gestern hätte auch ein Kabinett Marx abgeben können. Die Krisenmacher der letzten Monate sei, wenn man die Sache richtig betrachte, ein Verbrechen. Dr. Stresemann habe wohl, die Deutschnationalen zu befehlen, aber dazu sei er kaum der Mann. Es sei im Gegenteil zu fürchten, daß die Befehlsmänner Stresemanns mit dessen eigener Befehlsmacht enden würden.

Das Zentrum habe sich weder für rechts noch für links entscheiden können; aber es hätte doch die Möglichkeit bestanden, die alte Weimarer Koalition wieder herzustellen. Die Schwierigkeit liege freilich bei den Kommunisten, die jede Regierung ablehnen, die nicht ihren Idealen entspreche. Ihm scheine, das Zentrum sei in eine Periode der Duldbarkeit eingetreten. Duldbarkeit sei eine schöne Sache, aber nicht einer Regierung gegenüber, in der zweifelhafte Republikaner neben zweifelhafte Monarchisten zusammenkämen. Als

die Räumungsfrage

akt geworden sei, sei keine verhandlungsfähige Regierung dagewesen. Das Ausland habe sich gefragt, ob die neue Regierung die Politik Marx fortsetzen würde. Stresemann habe im Auswärtigen Ausschuss Andeutungen über inoffizielle Verhandlungen mit den Engländern über ein Kompromiß in der Räumungsfrage gemacht. Redner wünscht nähere Mitteilungen darüber. Stresemann sei in letzter Zeit allzu sehr mit der inneren Politik beschäftigt gewesen, um die Geschäfte seines Amtes eingehend wahrnehmen zu können.

Die Lage im besetzten Gebiet.

Berichte vor dem Ausschuss für die besetzten Gebiete.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Jan. In der heutigen ersten Sitzung des Reichsausschusses für die besetzten Gebiete schloß sich der Vorsitzende, Abg. Dr. Bayerdörfer, (Wahr. Vp.), namens des Ausschusses dem Protokoll der Vertreter des Reichslandes an. Staatssekretär Schmid vom Ministerium für die besetzten Gebiete gab einen Überblick über die Väter Verhandlungen zur Anrechnung der Besatzungsleistungen an die Kommunen, über die, bisher nur in einzelnen Punkten ein vorläufiges Übereinkommen erzielt ist. Die Hauptfragen sind sämtlich noch unentschieden. Besonders handelt es sich um die Frage der Bewertung der Grundstücke des Reichs und der Länder, sowie bei den Häusern der Gemeinden und Privaten um die Frage der Hauszinssteuer, deren Bezahlung die Allierten bisher ablehnten, da es sich ihrer Ansicht nach um eine Reichssteuer handelt. Bisher noch nicht erörtert wurden vor allem die Leistungen für Transporte durch die Eisenbahn usw., die Leistungen der Post und Telegraphie, Lieferung von Einrichtungsgegenständen, Neubauten usw.

Für eine spätere Sitzung des Ausschusses stellte der Staatssekretär Berichte über die Verhandlungen in Koblenz und Düsseldorf, über die Plaudation der Pflanzervollmacht und den modus vivendi im besetzten Gebiet in Aussicht. Bei Besprechung der Beschlüsse des bisherigen Ausschusses für die besetzten Gebiete erklärte Staatssekretär Schmid auf eine Anfrage, daß eine Differenzierung der Ausgewiesenen nach politischen Gesichtspunkten nicht stattfindet. Wo etwa untergeordnete Organe die Bestimmungen außer acht gelassen haben, werde sofort eingegriffen werden.

Ministerialdirektor Nitsch berichtete über die Heimkehr der Ausgewiesenen. Die Rückkehr sei bisher noch verweigert bei elf Ausgewiesenen im allbesetzten Gebiet sechs in der französisch, fünf in der belgischen Zone) und vier im

Es scheint, als ob die Beschwerden der Interalliierten Militär-Kontrollkommission nicht reiflos abzuweisen wären.

(Stürmischer Widerspruch rechts. Rufe: Landeserrat! Anbiedernde große Unruhe.) Ich bitte Ihnen, fährt Redner fort, die studentischen Korporationen nennen, die sich in Lebnungen in der Reichswehr verflochten haben. Kein neues ausgedehnter Vertrag könnte Vorbereitungen für einen neuen Krieg verhindern, solange nicht allgemeine Abklärung und internationale Schiedsgerichte bestehen. Aber das hindert uns nicht, offensiv die Verträge gegen die Vertragsbestimmungen bekannt zu machen.

Rufe des Abg. Denning (Nat.-Soz.): Werden sie etwa von Frankreich bezahlt? Großer allgemeiner Lärm. Präsident Löbe: Ich habe den Jurist nicht verstanden, ist es richtig, daß der Abg. Denning gefragt hat, ob diese Rede von Frankreich bezahlt sei? Abg. Denning: Ja! Präsident Löbe: Dann rufe ich den Abg. Denning zur Ordnung. Breitscheld: Das ist ein Lump! Präsident Löbe ruft auch Breitscheld zur Ordnung.

Die Einstellung der Zentrumslinken.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Berlin, 20. Jan. Heute vormittag um 10 Uhr wurden die Besprechungen der Fraktionen fortgesetzt. Die Zentrumsfraktion wird heute mittag 1 Uhr eine Sitzung abhalten.

Dr. Birck hat bereits gestern abend im Reichstag zu Journalisten erklärt, er werde allen seinen Einfluß in der Partei und im Reichstag einsetzen, um dieser Regierung die Lebensdauer so kurz wie möglich zu bemessen.

Kein Mißtrauensvotum der Demokraten.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Berlin, 20. Jan. Entschaltungen der Fraktion zur Regierungserklärung liegen bis zur Stunde nicht vor. Wesentliche Änderungen der bereits festgelegten Haltung der Fraktionen sind auch nicht zu erwarten. Die Demokraten haben sich nochmals mit der Frage eines Mißtrauensvotums befaßt, mit allen gegen drei Stimmen jedoch abgelehnt, ein Mißtrauensvotum einzubringen oder ein solches zu unterstützen.

Der 18. Januar als Nationalfeiertag beantragt.
(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Jan. Im Reichstag ist ein Antrag von Berndt (F.Nat.) eingebracht, wonach der 18. Januar zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes bestimmt werden soll.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Erweiterung auf derselben Grundlage.
(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Jan. In der Frage der Regierungsbildung in Preußen erzählt die Z. N., daß in Zentrumskreisen der Gedanke erwogen werde, das jetzige Kabinett aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten durch zwei Minister aus diesen Parteien zu erweitern. Das Zentrum beabsichtige für den preussischen Finanzministerposten Herrn Schmeling vorzuschlagen.

Der Nerv der französischen Politik.

Von Dr. Paul Rohrbach.

Ein Kenner des französischen Volkes hat gesagt: „Sein Blut ist der Franzose bereit für sein Vaterland zu opfern, sein Geld — nein!“ Der Satz ist nicht so paradox, wie er scheint. Napoleon I. hat zuletzt, als er sich allein mit den Kräften Frankreichs dem verbündeten Europa gegenüber, den Boden beim französischen Volke noch mehr dadurch verteidigt, daß er die Kriegführung nun rückwärts auf die in Frankreich erhobenen Steuern gründete, als durch die Autopfer, die er forderte. Nicht die „Refractaires“, die jungen Leute, die sich der Aushebung entzogen, machten ihm die größte Not; die Hauptsache war, daß die französische Nation fast zwanzig Jahre lang sich daran gewöhnt hatte, die große militärische Politik und die ungeheuren Erfolge auf diesem Gebiete durch Kontributionen bezahlt zu sehen, die die Besiegten leisten mußten. Man denke, was zwischen 1806 und 1812 allein aus Preußen herausgedrückt wurde!

Schon am Ende der Epoche Ludwig XIV., und noch mehr im Laufe des 18. Jahrhunderts, wurde die bourbonische Großmachtspolitik dadurch geknüpft, daß das absolute Königtum in aller seiner Machtfülle nicht hart genug war, eine leistungsfähige Steuerreform durchzuführen. Die Nation war reich, aber der Staat war bankrott. Frankreich hat immer tapfere Soldaten und geistige Steuerzahler gehabt. Darum ist auch nirgends das System der indirekten Abgaben so entwickelt wie hier.

Auch während des Weltkrieges konnte keine französische Regierung daran denken, ähnlich wie die englische, einen großen Teil der Kriegskosten durch Steuererhöhungen zu decken, und ebensowenig waren nach dem Kriege das Ausgabenstern und der Dienst der Kriegsschulden von ihnen heraus zu sanieren. Für das französische Empfinden stand ein Satz von vornherein fest: Le boche payera tout! Es wurden gewaltige Anleihen im Innern und eine ausmächtige Schuld von rund 28 Milliarden Goldfranken aufgenommen; das meiste davon bei England und Amerika. Dabei hatten die Franzosen keineswegs die Vorstellung, daß die Geldgeber ihre Darlehen jemals ernstlich zurückfordern würden! Als die ersten Mahnungen von amerikanischen und englischer Seite kamen, zeigte man sich in Frankreich einigermaßen entsetzt, mit der Begründung: Für das für die gemeinsame Sache vor allem Geld gegeben, wir aber haben bei weitem die größten Autopfer gebracht; die gelten mehr, und darum scheint es uns nicht anständig, daß Ihr Zahlung fordert! Bei diesem Argument ist das Entscheidende die „gemeinsame Sache“, und darum ist es den Franzosen in höchstem Grade unangenehm, wenn durch fortgesetzte Debatten über die Kriegsschuldfrage immer mehr bekannt wird, daß für die französische Kriegspartei die „gemeinsame Sache“ von Anfang an „links ablenken“ und „Verdrängung Deutschlands“ hieß.

Man kann annehmen, daß der amerikanische-englische Druck auf Frankreich zum Teil nur bezweckt, die Franzosen in der Frage der Abklärung geistiger zu machen. Amerika will seinen Export beleben und sein überflüssiges Kapital unterbringen; England sucht unter der Last von mehr als einer Million Arbeitsloser. Wenn Frankreich und seine europäischen Trabanten dahin gebracht werden können, daß sie ihre Armeen stark reduzieren, so wird von den freiverwendenden Geldmitteln und den Menschen alsbald eine sehr belebende Wirkung auf Europa und die gesamte Weltwirtschaft ausgehen. Außerdem aber sind die Anzeigensätze auch rund heraus der Meinung, Frankreich könne zahlen, und darum sollte es zahlen — und sollte es die Mittel dazu nur dadurch frei machen können, daß es seine Armeekorps verringert, dann um so besser!

Ausgehend von der Vorstellung, daß der „Boche“ alles bezahlt und daß man aus ihm schon herauspressen würde, was er nicht gutwillig gibt, wurde in den Jahren 1919 bis einschließlich 1923 das französische Budget mit einem geradezu wahnwitzigen Reichthum so aufgebaut, daß nicht nur die um ein Vielfaches überzahlten Reparationsansprüche, sondern außerdem noch eine Fülle von lichtlosen Ausgaben anderer Art auf ein besonderes Konto der „dépenses recouvrables“ (wiederzuerhaltende Auslagen) gebucht wurden. Diese Seite des Budgets wurde von vornherein nicht durch normale Einnahmen, sondern durch innere Anleihen gedeckt, und sie schwoll zuletzt bis auf weit über hundert Milliarden an. Nach der Annahme des Dawes-Planes aber mußte jedem Franzosen, der etwas nachdachte, alsbald klar werden, daß selbst in dem sehr unwahrscheinlichen Falle der vollen Leistungsfähigkeit Deutschlands (d. h. der Zahlung von zwei-einhalb Milliarden Goldmark jährlich nach fünf Jahren) keine Rede davon sein würde, die verschwundenen Gelder von der deutschen Seite tatsächlich herinzubekommen. Wenn England und Amerika auf voller Zahlung der französischen Schuld bestehen, so würde sogar das Meiste der Einnahmen aus Deutschland für Zins und Amortisation draufgehen, und selbst wenn die alten Freunde und Verbündeten einen Teil nachlassen sollten, so käme dem gegenüber, daß deutsche Vollzahlungen fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Dawes-Planes, wie Keynes sich einmal ausgedrückt hat, eine Erwartung aus dem Tollhause sind.

Unter der Regierung Herriot hat das französische Finanzministerium den einzig möglichen Entschluß gefaßt, das ganze Konto der „dépenses recouvrables“, das die Verzinsung der hierfür schon kontrahierten Schuld und die noch zu leistenden Ausgaben für die Wiederherstellung umfaßt, in das gewöhnliche Budget einzustellen, und entsprechend die Zahlungen

neubesetzten Gebiet. Betreut würden noch 11000 Personen in Uebernachtsbetreuung, darunter zwei Drittel Eisenbahner. Besonders Schwierigkeiten bereitet die Wohnungsfrage. Die sind außerordentliche Maßnahmen zur Verringerung der Not getroffen worden. Auf Grund der Verhandlungen über die Amnezie sind 400 Personen aus der Haft entlassen worden, gegen 1200 wurde das Verfahren eingestellt.

Die Landtagswahlen in Lippe-Deimold.

Deimold, 18. Januar. Am Sonntag haben in Lippe-Deimold die Wahlen zum Landtag stattgefunden. In Deimold selbst wie im Lande wickelten sich die Wahlgänge glatt und reibungslos ab. Der bisherige Landtag bestand aus 21 Abgeordneten, von denen 8 Sozialdemokraten, 5 Deutschnationale, 4 Volksparteiler, 2 Demokraten, 1 Kommunist und 1 Abgeordneter des Deutschen Gewerkschaftsbundes waren. Die Regierung stütze sich bisher auf die Sozialdemokraten, Demokraten und den Gewerkschaftsbund, denen 10 Abgeordnete der Opposition gegenüberstanden. Am Sonntag wurden aus 146 Stimmbezirken folgende Stimmen abgegeben:

Sozialdemokraten	26 800
Deutschnationale	20 000
Deutsche Volkspartei	12 000
Deutsch-Demokraten	6 800
Christlicher Gewerkschaftsverein	4 812
Kommunisten	3 000
Wirtschaftliche Vereinigung der Später	5 000
Nationalsozialisten	600

Eine vorläufige Verteilung der Stimmen auf die Parteien ergibt folgendes: Sozialdemokraten 8 Sitze, Deutschnationale 6, Volkspartei und Zentrum 3, Demokraten 1, Christlicher Gewerkschaftsverein 1, Wirtschaftliche Vereinigung der Später 1, Christlicher Gewerkschaftsverein 1, Kommunisten 1, Nationalsozialisten 1 Sitz. Die gleichzeitig im ganzen Lande Lippe-Deimold stattgefundenen Gemeinbewahlen haben in allen Fällen eine bürgerliche Mehrheit gebracht.